

70
Jahre
GEW

190
Jahre
Bremer
Lehrervereine
Teil 14

■ Dienstleistungs- oder Bildungsgewerkschaft?

Das Jahr 1998 war in der GEW bundesweit durch eine intensive Zukunftsdiskussion geprägt. Der Vorsitzende Dieter Wunder war 1997 zurückgetreten und seine Nachfolgerin Eva-Maria Stange suchte nach Wegen, die Fähigkeit der GEW zu Tarifaueinandersetzungen zu erhöhen. Zur gleichen Zeit begannen Verhandlungen zwischen den Einzelgewerkschaften des Dienstleistungsbe-
reichs (ÖTV, HBV, IG Medien, DPG

Auf dem Weg zur Bildungsgewerkschaft

Die Grundsatzentscheidung von 1999
und die neuen Bedingungen für
die Bremer GEW

Jürgen Burger

und der – nicht zum DGB gehörenden – DAG) über die Vereinigung zu einer großen Dienstleistungsgewerkschaft. Der geschäftsführende Vorstand der GEW beteiligte sich an den Gesprächen. Eine Mehrheit der Landesvorsitzenden machte jedoch zur Bedingung, dass in diesem Prozess die bildungspolitische und finanzielle Autonomie des Bildungsbereichs erhalten bleiben müsse. Diese Bedingung wurde von Beginn an vom Landesvorstand Bremen unterstützt, während einige Landesvorsitzende die Entscheidung offen hielten. Als sich nach der Unterzeichnung einer Plattform im Mai 1998 herausstellte, dass für die neue Großgewerkschaft eine starke Zentralisierung der Kompetenzen geplant war, stieg in den Landesvorständen die Zahl der Kritiker und im Herbst 1998 zog sich die GEW-Vorsitzende auf Beschluss des Hauptvorstandes aus dem Vorbereitungsgremium zurück. Ein endgültiger Beschluss über die Streitfrage einer Beteiligung sollte auf einem a.o. Bundesgewerkschaftstag gefällt werden, der im Mai 1999 stattfand. Noch immer gab es in der GEW – darunter auch in Bremen – Befürworter eines



»Einstellungen jetzt!« – ein Dauertransparent der Bremer GEW in den frühen 2000er Jahren. Die Streichung von mehr als 1000 Stellen seit den 1980er Jahren war durch einen langen Einstellungsstopp realisiert worden. Der anstehende Generationswechsel wurde nicht vorbereitet – hierdurch wurde der aktuelle Lehrkräftemangel mit verschuldet. Foto: GEW

Anschlusses, insbesondere in den Hochschulen und der Kinder- und Jugendhilfe. In diesen Arbeitsbereichen waren viele Kolleg*innen in der ÖTV organisiert und es bestand die Hoffnung, durch eine Vereinigung an Stärke zu gewinnen. Demgegenüber bestand im Schulbereich überwiegend die Einschätzung, dass durch die Eingliederung in eine Dienstleistungsgewerkschaft das spezifische Profil der GEW als einer Gewerkschaft verloren ginge, die materielle Interessenvertretung, berufsspezifische inhaltliche Arbeit und bildungspolitische Ziele vereinigt. Diese Position setzte sich schließlich auf dem Bundesgewerkschaftstag durch.

Seitdem gibt es im DGB die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die kleinere Bildungsgewerkschaft GEW. In den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Hochschule und Weiterbildung werben beide um Mitglieder und kooperieren meist in den Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern. Obwohl es nicht gelungen ist, alle Bildungsbereiche von der Kita bis zur Universität in einer Bran-

chengewerkschaft zu vereinen, so hat sich die Struktur der Mitgliedschaft doch seit der Wende von 1989 stark verändert. Organisierte die GEW vorher in den meisten westdeutschen Ländern fast ausschließlich verbeamtete Lehrkräfte, so sind aus allen Bildungsbereichen der ehemaligen DDR viele Angestellte hinzu gekommen. Und durch die Aufgabenerweiterung der Schulen in den »alten« Ländern sind viele angestellte Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Assistenzkräfte Mitglied der GEW geworden. So sieht sich die GEW vor die Aufgabe gestellt, unter Beibehaltung ihrer bildungs- und beamtenpolitischen Kompetenz ihre tarifpolitische Kraft weiter zu entwickeln.

Die neuen Bedingungen

Seit dem Grundsatzbeschluss von 1999 haben sich die Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns im Bildungsbereich vielfach verändert:

- Alle Bundesregierungen haben den Abbau des Sozialstaats mit Steuer- geschenken an die Vermögenden und Privatisierungen fortgesetzt.



Der Bildungsbereich ist chronisch unterfinanziert. Bremen leidet als hoch verschuldeter kleiner Stadtstaat besonders darunter. Die Leh-

rerversorgung pro Schüler*in, die hier Anfang der 90er Jahre noch bundesweit an der Spitze stand, liegt heute weit hinter den anderen Stadtstaaten und dem Bundesdurchschnitt zurück.

- Die 2004 eingeleitete »Agenda 2010« hat die Langzeitarbeitslosigkeit nicht behoben und einen großen Billiglohn-Sektor geschaffen. Die sozialen Probleme bündeln sich in den Großstädten, darunter wiederum in Bremen besonders.
- Betriebswirtschaftliche Steuerungsmethoden sind in großem Umfang im Bildungsbereich durchgesetzt worden. Einen Grundstein hierzu hatte schon die Ampelkoalition mit der Etablierung der Schulkonkurrenz in der Sek. I gelegt. Unter dem SPD-Bildungssenator Willi Lemke (1999 bis 2007) wurden die Personalausgaben durch neue Maßnahmen gekürzt: Lehrkräfte wurden in der »Betreuungsschule« durch ungelernete Kräfte ersetzt. Schwimm-

unterricht wurde statt durch Lehrkräfte durch Bademeister erteilt. Die aus den Schulen abgeordneten Praxislehrer*innen an der Universität wurden abgeschafft. Freie Träger übernahmen Betreuungsaufgaben. Schulvereine stellten Personal ein. Die Unternehmensberatungs-Firmen Kienbaum und Roland Berger wurden beauftragt, neue betriebswirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen zu planen. Weitere Schulen wurden geschlossen und die Grundstücke später verkauft. Die Berufsschulen sollten 2001 aus dem Schulsystem herausgelöst und in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Erst nach einem Einspruch des Rechnungshofes wurde dieses Projekt abgeblasen. Und schließlich wurde 2005 eine weitere Errungenschaft der 70er Jahre zurückgenommen: Lehrkräfte für Grund-, Haupt- und Realschulen mit achtsemestrigem Studium wurden nicht mehr in der Besoldungsgruppe A13, sondern nach A12 eingestellt.

70
Jahre
GEW
190
Jahre
Bremer
Lehrervereine
Teil 14

Anzeige

Jetzt
50 Euro
Startguthaben¹
sichern!



0,- Euro Bezügekonto² der „Besten Bank“

¹ Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
² Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✓ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✓ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✓ Vorteile für GEW-Mitglieder
 - 50,- Euro Startguthaben
 - Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard zum Bezügekonto

Jetzt informieren:

BBBank-Filiale Bremen
Hutfilterstraße 16–18, 28195 Bremen
Telefon 04 21/3 65 69 37-0, www.bbbank.de/gew

GEW Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

- Bestandteil der neuen Steuerungsmethoden ist auch die Beschneidung der Mitwirkungsrechte an den Schulen zu Gunsten des Entscheidungsrechts der Schulleitungen durch das novellierte Schulverwaltungsgesetz von 2005.
- Mit dem PISA-Programm ist es der OECD seit 2000 international gelungen, Standards für messbare, ökonomisch verwertbare Qualifikationen durchzusetzen. Durch Rankings werden Länder gezwungen, die Schulen auf die erwünschten Ergebnisse auszurichten (»name and blame«). Tests und Prüfungen nehmen eine immer größere Rolle ein.
- Im PISA-Bundesländervergleich steht Bremen seit 2002 auf dem letzten Platz. Dies korrespondiert mit der Häufung sozialer Probleme. Im Bundestagswahlkampf 2002 wurde das Bremer Ergebnis von der CDU/CSU als Beleg für das Scheitern sozialdemokratischer Bildungsreformen interpretiert und der Senat übernahm diese Argumentation. Die Große Koalition einigte sich 2005 auf die Abschaffung der Orientierungsstufe. Das Gymnasium ab Klasse fünf wurde wieder eingeführt.
- Nach der Ablösung der großen Koalition durch eine rot/grüne Landesregierung gab es wiederum große Strukturveränderungen. 2009 wurde unter der Bildungsministerin Jürgens-Pieper das Zwei-Säulen-System aus Gymnasium und Oberschule etabliert. Dabei wurden die Sekundarstufe-II-Zentren aufgelöst. Zusätzlich wurde mit der Inklusion in der Sekundarstufe I begonnen, die fast ausschließlich von der Oberschule realisiert werden muss. Zwar hatte die Koalition 2008 den permanenten Stellenabbau beendet, aber die neuen Projekte, insbesondere die Inklusion, erforderten weit mehr Personal, als zur Verfügung gestellt wurde. Wenig später trat Lehrkräfte-Mangel auf, zum Teil wegen des Wiederanstiegs der Schüler*innenanzahl, zum Teil politisch selbst verschuldet – durch Schließung von Studiengängen an der Univer-

sität und Kürzung von Referendariatsplätzen.

Ergebnis dieser Veränderungen ist der ständig angewachsene Widerspruch zwischen den Versprechungen, die den Eltern über die Leistungen des Schulsystems gemacht werden, und den zur Verfügung gestellten Mitteln. Resultat davon ist gestiegener Arbeitsdruck für die Beschäftigten.

Die Organisations-Entwicklung der GEW

Der GEW-Landesverband Bremen verzeichnet seit der Jahrtausendwende eine positive Mitglieder-Entwicklung. In den 80er und 90er Jahren war die Mitgliederzahl allmählich von ca. 5000 auf ca. 4000 abgesunken, 2016 lag sie wieder bei ca. 5000. Die Kürzung von ca. 1000 Stellen in den letzten drei Jahrzehnten schränkte zwar den Organisationsbereich der Lehrkräfte ein, aber durch die Gewinnung von Mitgliedern beim nicht unterrichtenden Personal, insbesondere bei den Erzieher*innen, durch Zugewinne in den außerschulischen Bereichen und durch einen großen Rückhalt bei den Ruheständler*innen ist die Tendenz trotzdem weiterhin positiv.

Allerdings hat sich das Anwachsen der Mitgliederzahl nicht in steigenden innerorganisatorischen Aktivitäten niedergeschlagen. Zwar arbeiten die Fachgruppen weiterhin, die Beteiligung bleibt jedoch meist auf einen kleinen Kern beschränkt. Die Treffen der Betriebsgruppen waren bis 2006 fast eingeschlafen, erst nach der Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes, die eine Verlagerung von Konflikten in die einzelnen Schulen mit sich brachte, ist eine punktuelle Wiederbelebung zu verzeichnen. Ein Versuch, durch Sat-

zungsänderungen Raum für neue Aktivitäten zu schaffen, hatte wenig Erfolg. Statt formeller Organe sollten Projektgruppen zu einzelnen Themen stärker die Arbeit bestimmen. Die hierbei beschlossene Abschaffung der vierteljährlich tagenden Delegiertenversammlung der Schulen und ihre Ersetzung durch die Mitgliederversammlung war eher nachteilig. Diese ist kaum besser besucht und tagt nur jährlich. In der Konsequenz hat der Stadtverbandsvorstand in den letzten Jahren begonnen, durch Vertrauensleute-Treffen und Schulbesuche das Netz der Verbindungen in die Schulen wieder enger zu knüpfen. Ein wichtiger Grund für das Stagnieren der innerorganisatorischen Aktivitäten dürfte die Verdichtung der Arbeit sein. Außerdem spielt die Tatsache eine Rolle, dass die vielen jungen Lehrkräfte, die in den letzten Jahren eingestellt wurden, nicht in dem Maße durch universitäre Kämpfe sozialisiert sind, wie die jetzt in den Ruhestand gegangene bzw. gehende Generation. Außerdem wirkt sich aus, dass Erfolge im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und echte Bildungsreformen nur sehr schwer zu erreichen sind.

Dennoch ist es der GEW in den letzten zwei Jahrzehnten gelungen, in gut vorbereiteten Streikaktionen und Bündnisdemonstrationen eine breite Mobilisierung der Mitgliedschaft zu erreichen. Im folgenden letzten Teil der Serie soll untersucht werden, welche Aktivitäten die GEW Bremen unter den veränderten Bedingungen in den letzten 20 Jahren entwickeln konnte.

Anzeige

